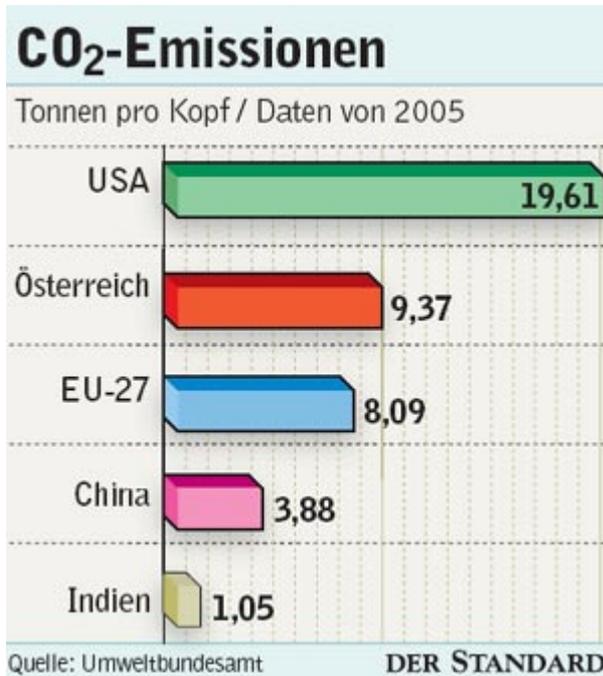


Heimische Klimaschutzziele weit verfehlt - Milliarden-Strafen drohen

Ein Rechnungshofbericht als Zündstoff für den Klimagipfel der Regierung: Österreich stößt rund ein Drittel mehr CO₂ aus als erlaubt - Tendenz weiter steigend



Klimaschutz ist nur Schall und Rauch? Geht es um das Erreichen des Kioto-Ziels, befindet sich Österreich nach einem noch nicht veröffentlichten Bericht im EU-Vergleich an zweitletzter Stelle.



Tonnen CO₂ wurden im Jahr 2006 ganze 32 Prozent mehr emittiert, nämlich 91,1 Millionen Tonnen. Tendenz weiterhin steigend. Und der Rechnungshof belegt, dass das mit enormen Kosten verbunden ist: Denn schon jetzt nehmen die klimabedingten Schäden enorm zu. Im Vergleich zu 1960 hat sich die Zahl der entsprechenden Schadereignisse um das 2,1-Fache, die Summe der Schäden um das 6,6-Fache und die von Versicherungen auszugleichenden Schäden sogar um das 24,8-Fache erhöht.

Die Staats- und Verfassungsreform ist ein bedeutsames Thema - eines, das sehr eingehender Debatten bedarf. Auf der Landeshauptleutekonferenz am 4. Oktober des Vorjahres wurde ihm Priorität eingeräumt - womit die Landeschefs (vier schwarze, vier rote und ein oranger Politiker) verhindern konnten, dass der Klimaschutz auf die Tagesordnung kam. Immerhin hat die Bundesregierung für kommenden Donnerstag zu einem Klimagipfel gebeten.

Das globale Klima erwärmt sich, Maßnahmenpakete der Länder bleiben in der Schublade, eine Koordinierung findet nicht einmal ansatzweise statt. Dabei haben die Länder besonderen Nachholbedarf, wie aus einem sehr kritischen Rohbericht des Rechnungshofs (RH) hervorgeht. Bei ihnen liegt unter anderem die Kompetenz für die Wohnbauförderung - Zielrichtung ist vor allem der Neubau. Die Sanierung alter Bausubstanz, bei der massive Energieeinsparungen erzielt werden könnten, schleppt sich dahin. Die aktuelle Sanierungsrate liegt nur bei einem Prozent, "bedeutende Emissionsreduktionen können nach Ansicht des RH jedoch nur durch Maßnahmen der Länder im Bereich der Sanierung des Gebäudebestands erreicht werden".

Enorme Schäden

Die Folgen lassen sich in Zahlen darstellen. Diese hat das Umweltbundesamt (UBA) erhoben: Statt projektierter 68,8 Millionen

Das Umweltbundesamt stellt in seinem noch unveröffentlichten "Klimaschutzbericht 2008" fest: "Beim Fortschritt zur Erreichung des Kioto-Ziels bzw. bei der Abweichung vom Kioto-Zielpfad befindet sich Österreich im Vergleich zu den anderen europäischen Mitgliedsstaaten an zweitletzter Stelle. Österreich hat sich einerseits zu einem ambitionierten Reduktionsziel von minus 13 Prozent verpflichtet, andererseits weist es einen stark steigenden Emissionstrend auf. Die Emissionen der neuen Mitgliedsstaaten sowie der EU-15-Staaten Schweden, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Niederlande lagen 2005 unter dem Zielpfad. Ein wichtiger Grund dafür war die Effizienzsteigerung bei der Strom- und Wärmeerzeugung.

"...noch kein Konsens mit den Ländern"

Diese amtliche Einschätzung entspricht weitgehend einer kürzlich von der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) im Auftrag der Grünen Bildungswerkstatt erstellten Studie, nach der der Ausstieg aus fossilen Energieträgern für die Strom- und Wärmeproduktion mit zumutbarem Aufwand möglich wäre.

Allerdings nur, wenn sich nicht einer auf den anderen ausreden würde. In einem Rechnungshof-Rohbericht (GZ 003.287/005-S2-6/08) kann man schwarz auf weiß lesen: "Über die - wegen gestiegener Emissionen erforderliche - Anpassung der Klimastrategie 2007 konnte noch kein Konsens mit den Ländern erzielt werden (...) Aus Wohnbaufördermitteln in Höhe von 2,63 Mrd. Euro wurden 2006 nur 0,35 Mrd. Euro zur Reduktion des Raumwärmebedarfs im Wege der thermo-energetischen Sanierung eingesetzt (...) Für eine Erhöhung des Mitteleinsatzes für die thermo-energetische Sanierung auf 1 Mrd. Euro lag im Dezember 2007 keine Zustimmung der Länder vor."

Umweltminister Josef Pröll (ÖVP) hat die Länder mehrfach ermahnt und vorab Daten zur Verfügung gestellt, die etwa zeigen, dass die Treibhausgas-Emissionen der Bundeshauptstadt von 1990 bis 2005 um 27 Prozent auf zehn Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent gestiegen sind. Für sein Drängen bekommt er nun Unterstützung der RH-Prüfer. Sie betonen, dass Prölls Ministerium wenig bis gar keine einschlägige Kompetenz hat.

Nichtstun wird bestraft

Insgesamt beurteilt der Rechnungshof die Klimastrategie der Bundesregierung kritisch: Nachdem sich gezeigt hatte, dass die Klimastrategie aus dem Jahr 2002 schon zu diesem Zeitpunkt teilweise überholt war und in der Folge auch nicht die gewünschte Trendumkehr bei den Emissionen gebracht hat, wurden die Ansätze 2007 "bei gleichzeitiger Erhöhung der zulässigen Emissionsvolumina" weitergeführt: "Daraus lässt sich für den RH ableiten, dass die Zielerreichung unter Fortsetzung des derzeit eingeschlagenen Weges insgesamt unwahrscheinlich ist."

Das hat nicht nur für die Umwelt Konsequenzen. Es kostet auch ein Menge Steuergeld. Denn Nichtstun in der Klimapolitik wird aufgrund internationaler Verträge bestraft. Nachdem Österreich schon jetzt versucht, sich durch den Kauf von Emissionszertifikaten (Verschmutzungsrechten, die auf dem internationalen Markt von noch größeren Klimasündern gekauft werden können) von eigenen Versäumnissen bei der Erreichung des Kioto-Ziels freizukaufen, wird es seit Jahresbeginn ernst: Da hat die "Verpflichtungsperiode" begonnen - wenn Österreich verhindern will, 2012 auch noch Strafen zahlen zu müssen, dann müsste es rasch eigene Schritte zur Reduktion des Treibhausgas-Ausstoßes setzen.

100 Euro Strafe pro Tonne

Dabei ist gar nicht sicher, ob überhaupt bis 2012 Zeit ist: "Mit erhöhtem Rechtfertigungsbedarf gegenüber der EU ist bereits 2010 zu rechnen." Die EU könnte also schon früher ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten, wobei die denkbaren Strafen vom RH nur in einer Fußnote angemerkt werden: 100 Euro je Tonne CO₂-Äquivalent - bei einer

angenommenen Zielverfehlung von zehn Millionen Tonnen müsste eine Milliarde Euro an Strafe gezahlt werden. Zuzüglich der dennoch notwendigen Reduktionsmaßnahmen. Ausreichen wird auch das nicht: Die Prüfer des RH empfehlen auch, "Konzepte zum Umgang mit bereits eingetretenen Folgen des Klimawandels zu erarbeiten und sich daraus ergebende Maßnahmen zeitgerecht zu setzen." Auch dafür will nämlich bisher niemand verantwortlich sein. (Conrad Seidl, DER STANDARD, Print-Ausgabe, 14.4.2008)

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?url=/?id=3303814>